



## Niederschrift

37. Sitzung Hauptausschuss  
15. Januar 2019, 17:30 Uhr  
öffentlich  
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

### **Punkt 1 der Tagesordnung: Beschaffung von zwei Löschgruppenfahrzeugen 20 Katastrophenschutz (LF 20 KatS) für die Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe Vorlage: 2018/0895**

#### **Beschluss:**

1. Der Hauptausschuss nimmt von den Erläuterungen Kenntnis und stimmt der Vergabe der Lieferung von zwei Löschfahrzeugen 20 Katastrophenschutz für die Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe, Los 1 (Fahrgestell und Aufbau) an die Firma Rosenbauer GmbH und Los 2 (Beladung) an die Firma Magirus GmbH, zu.
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, den betreffenden Bietern den Zuschlag zu erteilen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, teilt die Namen der entschuldigt fehlenden Stadträtinnen und Stadträte mit und verweist auf die rechtzeitig zugegangene Einladung zur Sitzung.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE)** stellt fest, es sei nur ein gültiges Angebot eingegangen. Liege dies im Kostenrahmen oder gebe es Abweichungen?

In der Vorlage sei dargestellt, dass zwei Firmen ein nicht gültiges Angebot abgegeben hätten. Wie erkläre man sich dies?

**Herr Telpl (Branddirektion)** antwortet, die Fahrzeuge lägen innerhalb der Kostenschätzung. Es habe günstigere Angebote gegeben, die man jedoch ausschließen musste, da die Firmen Nebenangebote abgegeben hätten. Damit seien sie von der Leistungsbeschreibung

abgewichen. Aus formalen Gründen habe die Vergabestelle dann diese Angebote ausschließen müssen.

**Der Vorsitzende** zeigt sich überrascht. Er habe es immer so verstanden, dass man Nebenangebote abgeben könne. Die könne man heranziehen, veränderten aber an der Gültigkeit des Hauptangebots nichts. Die Nebenangebote sollten die Möglichkeit erhöhen, genommen zu werden, und nicht zum Ausschluss des Verfahrens führen.

**Herr Telpl (Branddirektion)** erklärt, man habe im Verfahren keine Nebenangebote zugelassen. Dies mache man grundsätzlich nicht, weil man die Fahrzeuge sehr genau beschreiben könne und die Vergleichbarkeit besser sei, wenn es keine Nebenangebote gebe.

**Der Vorsitzende** bittet, in Zukunft sicherzustellen, dass den Firmen bekannt sei, dass sie vom Verfahren ausschieden, falls sie Nebenangebote abgeben.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** merkt an, es habe drei Angebote gegeben, von denen dann zwei ausgeschieden seien. Daran sehe man, dass diese Praxis der Ausschreibung kontraproduktiv sei. Offensichtlich seien die Firmen nicht darauf eingestellt, dass sie keine Nebenangebote abgeben dürften. Er rege an diese Vergabep Praxis zu überdenken.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, es gebe einen rechtlichen Rahmen. Die Firmen hätten das angeboten, was man ausgeschrieben habe. Sie lägen im Kostenrahmen. Jetzt die Ausschreibung aufzuheben, weil zwei Firmen Nebenangebote abgegeben haben, was sie nicht hätten tun dürfen, und deshalb ausgeschieden seien, halte er für schwierig. Er schlage vor, dies jetzt so zu genehmigen. Man bekomme zu dem geplanten Preis ein Angebot, welches von der Qualität in Ordnung sei.

Er bekräftigt noch einmal seine Bitte, in den Ausschreibungen zukünftig deutlich darauf hinzuweisen, dass Nebenangebote zum Ausschluss führten.

**Herr Telpl (Branddirektion)** bekräftigt, in der Ausschreibung sei darauf hingewiesen worden, dass Nebenangebote nicht zulässig seien. Dies sei ein Formblatt vom Bund.

**Der Vorsitzende** entgegnet, dies mache es noch klarer, dass man jetzt die Vergabe beschließen solle. Nach diesen Erklärungen könne man Entscheidung treffen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest.

Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

**Schluss der öffentlichen Sitzung:** 17:39 Uhr

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: